

Leserbriefe

Nein zur unschweizerischen No-Billag-Initiative

Öffentlich finanzierte Medien sind vergleichbar mit öffentlich finanzierten Spitälern, öffentlich finanzierten Schulen und öffentlich finanziertem Verkehr. Würde man die Gebühren abschaffen, bedeutet dies nicht nur das Ende der SRG. Es kann damit gerechnet werden, dass die Filetstücke weitergeführt werden, da sie finanziell interessant sind. Nicht rentable Sendungen, vor allem jene mit Informationsgehalt, werden keine Zukunft mehr haben. Ohne Gebühren könnten auch die 34 lokalen und regionalen Radio- und Fernsehstationen nicht überleben: Diese nehmen eine wichtige Rolle wahr in der Berichterstattung über politische, kulturelle, wirtschaftliche und sportliche Aktivitäten in den jeweiligen Regionen. Ohne Gebühren gäbe es auch für Seh- und Hörbehinderte keine Spezialprogramme mehr. Unsere Schweiz ist ein diffiziles Gebilde aus 26 Kantonen und vier Sprachregionen mit unseren einmaligen Landessprachen. Da ist es besonders wichtig, eine mediale Klammer zu haben, die die Menschen aus den vier Sprachregionen miteinander verbindet. Ohne gebührenfinanzierte Medien wäre dies nicht mehr möglich. Sagen wir also Nein zur unschweizerischen und radikalen No-Billag-Initiative.

Damian Müller, Hitzkirch
FDP-Ständerat Kanton Luzern

JA SRG: Service public ohne Zwangssteuer

Ein JA zu No Billag ist ein JA zu einer unabhängigen und befreiten SRG. Die willkürliche Doppelbesteuerung für Unternehmen und die Zwangssteuer für alle Haushalte sind mit einem JA vom Tisch. Der Service public in allen Landesteilen bleibt bestehen. Eine unabhängige und befreite SRG wird in der Schweizer Medienlandschaft auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Es gibt einen Plan B nach einem JA zu No Billag. Dank einem JA zu No Billag wird endlich die verhinderte Diskussion über Umfang und Inhalt des Service public geführt werden. Der Service public insbesondere in den Randregionen und bei sprachlichen Minderheiten bleibt mit einem JA sichergestellt. Dies jedoch demokratisch legitimiert und ohne willkürliche Zwangssteuer, Doppelbesteuerung von Unternehmen und Marktverzerrungen zuungunsten von privaten Medien.

Marcel Dettling,
SVP-Nationalrat SZ

Lotto beim Plan B

Das neue Finanzierungsszenario der No-Billag-Initianten ist wie ein Lotto-Spiel. Da werden Zahlen ausgerufen, die völlig zufällig gezogen werden. Es ist kaum wahrscheinlich, dass ein Treffer erfolgt. Allerdings vereinnahmen die Initianten im Vorfeld 25 Prozent staatliche Subventionen (für eine geforderte unabhängige Berichterstattung). Gelder, die sowohl der Bund wie auch die Kantone nicht sprechen werden. Auch die übrigen Berechnungen (genannt: Szenarien) sind spekulative und zufällige Zahlen. Merke: Im Lotto besteht immerhin die Chance auf einen Gewinn. Beim Plan B (Unwort des Jahrzehnts) ist diese Minimalchance nicht gegeben. Die Unternehmenssteuerreform III und die Rentenreform 2020 sind hier klare Beispiele. Deshalb: Hände weg von diesen vielen Plänen B. Vertrauen wir dem bewährten Plan A und sagen wir klar Nein zur No-Billag-Initiative.

Rico De Bona, a Grossrat, Luzern

Falsches Thema zur falschen Zeit

Die SP-Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» ist das falsche Thema zur falschen Zeit. Weshalb? Die Initianten sind von einem Wohnungsmangel ausgegangen. Heute ist gerade das Gegenteil der Fall: Der Leerwohnungsbestand nimmt zu. Mehr noch, mit 2178 leer stehenden Wohnungen im Kanton Luzern per Ende 2017 erreichen wir den höchsten Stand seit elf Jahren. Der Trend der sinkenden Mieten und der steigenden Leerwohnungen wird sich voraussichtlich in diesem Jahr noch verstärken. Unter diesen Vorzeichen steht die Volksinitiative quer in der Landschaft. Damit nicht genug: Gemäss der Initiative sollen dem Kanton wieder neue Gesetze und Aufgaben aufgebürdet werden, die jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag kosten und deren Wirkung im aktuellen Wohnungsmarkt keinen Sinn machen. Sinn macht deshalb ein Nein am 4. März an den Urnen.

Charly Freitag, FDP-Kantonsrat
und Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission, Beromünster

Ja zur neuen Finanzordnung

In der Abstimmung um die Finanzordnung geht es um eine Weiterführung des bestehenden Systems und um eine Aufhebung einer Übergangsbestimmung zur Erhebung der Biersteuer. Die Haupteinnahmen des Bundes sind die Mehrwertsteuer (MWST) und die direkte Bundessteuer (DBST). Rund 60 Prozent oder 43,5 Milliarden Franken fließen in die Bundeskasse. Die geltende Finanzordnung zur Erhebung der beiden Steuern ist befristet bis Ende 2020 und soll bis Ende 2035 verlängert werden. Darum braucht es diese Anpassung. Ohne diese beiden Einnahmen könnte der Bund die heutigen staatlichen Ausgaben nicht mehr erfüllen. Die Übergangsbestimmung zur Erhebung der Biersteuer kann aufgehoben werden, da sie durch das Biersteuergesetz abgelöst wurde.

Weshalb braucht es überhaupt eine Befristung? Weil so die Ausgaben disziplin unter Kontrolle ist und die Finanzordnung regelmässig überprüft wird. Die Zustimmung des Volkes legitimiert diese beiden Haupteinnahmequellen, was für den Bundesrat und das Parlament wichtig ist. Darum werde ich am 4. März dieser Finanzordnung zustimmen.

Albert Vitali, FDP-Nationalrat,
Oberkirch

Nein zur kostspieligen Wohnbauinitiative

Am 4. März stimmen wir über die Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» ab. Damit werden einmal mehr unnötige finanzielle Forderungen an den Kanton gerichtet. Die Initiative verlangt jährlich 11 Millionen Franken für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die schon lange Zeit anhaltende Tiefzinsphase ermöglicht gute Konditionen für die Wohnbaugenossenschaften, ohne dass der Staat in ein funktionierendes System eingreifen muss. Zudem wird der Gemeinnützige Wohnungsbau heute schon vom Kanton bei der Vergabe von Wohnbauland unterstützt. In der angespannten finanziellen Situation des Kantons Luzern macht es wenig Sinn, jährlich zusätzliche 11 Millionen Franken zweckgebunden für etwas bereitzustellen, wozu kaum Bedarf besteht. Aus diesen Gründen hat sich auch die grosse Mehrheit des Kantonsrates (88 gegen 23 Stimmen) klar gegen die Volksinitiative ausgesprochen.

Georg Dubach, FDP-Kantonsrat

Trump: Papst der Tiefsteuerbischöfe?

Wie haben ihm doch alle Applaus spendiert wo Trump sich als Finanzgenie von USA am WEF vorstellte. Ist die USA wirklich so ein prosperierender Staat wie Trump allen vorgaukelt? Wachsen die USA-Bäume wirklich alle in den Trump-Himmel? Kann Trump die angekündigte Verbesserung der Infrastrukturen und die 600 Milliarden für Rüstung überhaupt finanzieren? Was er in Davos leider nicht vorgestellt hatte, sind seine immensen Schulden. Auch jene, die er von Obama übernommen hat! Während ich diesen Leserbrief schreibe, steigen die Schulden der USA pro Sekunde um 31 573 US-Dollar. Es ist also gar nicht möglich die Schulden der USA genau anzugeben, denn so schnell kann keiner Zahlen schreiben. (s. Schuldenbarometer USA im Internet!) In Zahlen ist die Verschuldung der USA während ich schreibe absolut 21 027 051 145 935 Dollar. Also über 21 Billionen! Und nun kommen die Steuerausfälle für die riesigen Steuerrabatte dazu. Im Jahr 2017 ist die pro-Kopf-Verschuldung der 325 Millionen USA-Bewohner auf über 65 000 Dollar gestiegen! Finanzfachleute prognostizieren für USA den nächsten finanziellen Blackout schon bald, aber sicher bevor die erste Amtszeit von Trump zu Ende geht. Und da singen bei uns die Politjünger von Trump die gleiche Melodie und glauben, dass die hoh(1)en Töne der US-Tiefsteuermelodie auch bei uns klingen sollte. Leider sind es die nachfolgenden Generationen (die lieben Bürger), die das stets grösser werdende Finanzloch einmal stopfen müssen, so auch bei uns im Kanton Luzern!

Hans Troxler-Gilli, Schlierbach

Die Volkskultur wird zur Verliererin

Volksfeste wie das Eidgenössische Schwingfest, das Unspunnenfest, Blasmusik- und Jodlerfeste, Chor-treffen oder die Fasnacht finden bei der SRG eine Plattform. Denn diese ist durch einen Leistungsauftrag dazu verpflichtet, über Schweizer Kultur zu berichten. Unsere Brauchtümer und unsere Kultur werden so an die nächste Generation weitergegeben. Damit dies erfolgen kann, müssen unsere Kultur spürbar und unsere Werte sichtbar sein. Dafür brauchen wir eine gewisse Breitenwirkung welche nur die SRG bietet. Sie ist bei solchen Events eine verlässliche und faire Partnerin.

Als aktiver Jodler bereitet mir die Stossrichtung der No-Billag-Initianten grosse Sorgen. Dass private Sender bei einer Annahme der No-Billag-Initiative in die Bresche springen, kann niemand garantieren. Denn die Übertragung von Anlässen wie Schwingfeste oder Chor-treffen ist nicht nur durch Werbung finanzierbar. Und wenn doch: Wollen Sie noch mehr Werbepausen? Wir riskieren mit dieser Initiative somit, dass die Volkskultur zur grossen Verliererin wird.

No-Billag ist zu radikal. Was die Schweiz wirklich braucht, ist ein neues Mediengesetz. Der Inhalt vom Service-Public soll neu definiert werden und der SRG-Leistungsauftrag muss überdacht werden. Ich sage deshalb Ja zu unseren Schweizer Werten und Nein zur No-Billag-Initiative.

Albert Vitali, Präsident
IG Volkskultur Schweiz und
FDP-Nationalrat, Oberkirch

Die Rubrik «Leserbriefe» ist ein offenes Forum, in dem jeder seine Meinung zu Fragen, Themen und Problemen äussern kann. Für den Inhalt kann die Redaktion nicht verantwortlich gemacht werden. Sie behält sich jedoch das Recht auf Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Leserbriefe werden mit dem Namen des Einsenders publiziert und müssen (für evtl. Rückfragen der Redaktion) auch mit der Adresse versehen sein.

Vereinsanzeigen

Beromünster

Alle Abteilungen Ferien

■ **Swiss Laufftreff Beromünster und Umgebung**
Joggen für alle. Jeden Dienstag, Treffpunkt um 18.45 Uhr beim Scholbrunnen im Fläcke Beromünster. Kein An- oder Abmelden, alles gratis.

Gunzwil

Alle Abteilungen Ferien

Neudorf

Alle Abteilungen Ferien

Zahnärztlicher Notfalldienst

Allgemeiner Notfalldienst der Luzerner Zahnärzte-Gesellschaft
Luzern Land: Telefon 0848 58 52 63
(in der Nacht ab 20 Uhr und am Wochenende bitte die Nummer Luzern Stadt 0848 58 24 89 wählen)

Fussballschule Michelsamt

Alle Abteilungen Ferien

Hallenbad Beromünster

Das Hallenbad bleibt während den Fasnachtsferien geschlossen.

Änderungen der Trainingszeiten oder -tage bitte via redaktion@anzeigermichelsamt.ch bekannt geben. Besten Dank.

Notfalldienst der Ärzte

Notfallpraxis der Hausärzte am Luzerner Kantonsspital Sursee

Zur Sicherstellung des ärztlichen Notfalldienstes abends sowie an Wochenenden und Feiertagen

Öffnungszeiten

Montag bis Freitag: 18 bis 23 Uhr
Samstag: 12 bis 23 Uhr
Sonn- und Feiertage: 9 bis 21 Uhr

Notfall-Nummer: 0900 11 14 14

Ausserhalb dieser Öffnungszeiten konsultieren Sie bitte Ihren Hausarzt!

Pro Senectute Kanton Luzern

Unterstützung beim Ausfüllen der Steuererklärung

Das Ausfüllen der Steuererklärung ist für Rentnerinnen und Rentner nicht immer einfach: Welche Abzüge können vorgenommen werden? Erfahrene und kompetente Steuerfachpersonen von Pro Senectute Kanton Luzern helfen gerne weiter und füllen für Einzelpersonen und Ehepaare im AHV-Alter die Steuererklärung diskret aus.

(Eins.) Sämtliche Angaben werden streng vertraulich behandelt. Die Fachpersonen der Pro Senectute unterstehen der beruflichen Schweigepflicht. Das Ausfüllen der Steuererklärung 2017 wird nebst den gewohnten Standorten an den Beratungsstellen Luzern, Emmen und Willisau neu auch in den Regionen Seetal, Rontal, Sursee und Entlebuch angeboten.

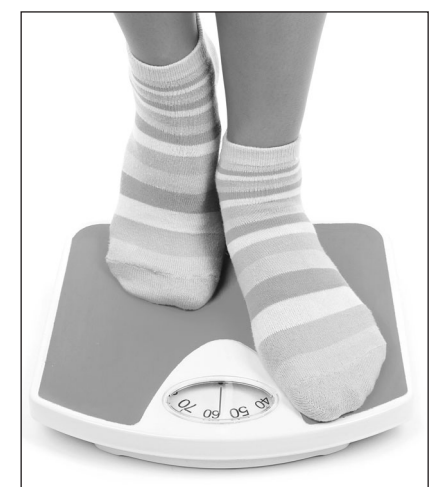
Rentnerinnen und Rentner ab 60 Jahren können die Steuerunterlagen an eine der gewünschten Beratungsstelle einreichen und/oder einen Termin vereinbaren. Die Preise für das Ausfüllen der Steuererklärung sind abhängig vom Reinvermögen und betragen zwischen 50 und 210 Franken. Für besonders aufwendige Steuerklärungen oder komplexe Zusatzleistungen wird in gegenseitiger Absprache zusätzlich ein separater Stundentarif von 100 Franken verrechnet. Club sixtysix-Mitglieder erhalten gegen Vorweisen ihres gültigen Mitgliederausweises einen Rabatt von zehn Prozent (gültig für Rentnerinnen und Rentner ab 60 Jahren).

Sempach

Gemeinsam abnehmen macht stark

«Schlank wie nie! Frag mich wie?»
Dieser Kurs startet am Donnerstag, 15. Februar, von 14 bis 15 Uhr oder von 19.30 bis 20.30 Uhr.

(pd) In diesem Kurs kann man seinen Neujahrsvorsatz verwirklichen. In zwölf Wochen Ernährungscoaching wird vieles über neue, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Ernährung vermittelt. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer wird persönlich beraten und begleitet. Das Motto heisst: «Gemeinsam schaffen wir es.» Das Ziel, mit neuem Schwung, mehr Beweglichkeit und viel Spass dem Frühling entgegenzugehen, soll in Erfüllung gehen. Die Gruppe trifft sich im Saal des reformierten Kirchgemeindezentrums in Sempach.



Anmeldung und Info bei Verena Stöckli, E-Mail: vsk.zell@gmx.ch; Telefon 041 988 10 70.